

Wissenschaftsrat zu Studiengebühren, 4. September 2008

"Das Thema Studiengebühren kommt zur Unzeit, nämlich im Wahlkampf; eine sorgfältige Abwägung aller Argumente ist da nicht zu erwarten", so der Vorsitzende des Österreichischen Wissenschaftsrates, Prof. Jürgen Mittelstraß.

Für den Wissenschaftsrat sind Studiengebühren eine europäische Normalität, ohne dass mit dieser eine Benachteiligung finanziell schwächer Gestellter verbunden wäre, belegt durch zahlreiche empirische Studien. Entscheidend ist die Begleitung eines Studiengebührensensystems durch ein leistungsfähiges Stipendiensystem. Auf ein solches System sollte sich die Wissenschaftspolitik Österreichs konzentrieren. Schon jetzt zahlt ein Drittel der Studierenden keine Gebühren; deren generelle Abschaffung käme somit nicht den finanziell Schwachen, sondern gerade den Wohlhabenden zugute.

Sollte dennoch ein Wegfall der Studiengebühren ernsthaft erwogen werden, müsste nach Auffassung des Wissenschaftsrates von vornherein sichergestellt sein, dass den Universitäten die finanziellen Verluste in voller Höhe ersetzt werden. Das käme für den Staat teuer, zumal dieser den Universitäten auch noch einen versprochenen jährlichen Zuwachs von ca. 600 Millionen schuldet, um mittelfristig das beschlossene Ziel einer Anhebung der Gesamtausgaben für den tertiären Bildungssektor von derzeit 1,2 % des BIP auf 2 % zu erreichen.

"Nicht übersehen werden sollten auch die erkennbaren positiven Auswirkungen der Studiengebühren auf das Studienverhalten, ablesbar in sinkenden Studiendauern und zunehmender Prüfungsintensität", so der Vorsitzende abschließend.

Rückfragehinweis: Mag. Julia Prikoszovits, (0)1/319 49 99-20, Österreichischer Wissenschaftsrat, Liechtensteinstr. 22a, 1090 Wien